

Politik brief

Januar
2019

VERBAND DER CHEMISCHEN INDUSTRIE e.V.
WIR GESTALTEN ZUKUNFT.



VCI

Ja — zu — Europa

Europawahl 2019: Für eine starke Europäische Union eintreten
Industriepolitik: Wettbewerbsfähigkeit und Innovationskraft stärken
Handelspolitik: Gemeinsam in einer multipolaren Welt bestehen
Energie- und Klimapolitik: Industrie als Teil der Lösung begreifen
Produktsicherheit: Datenlage zusammen weiter verbessern
Zirkuläre Wirtschaft: Globale Vorreiterrolle einnehmen
Kunststoffe: Potenziale nutzen statt stigmatisieren
Kennzahlen: EU-Fortschrittsbericht macht Mut
Die Europäische Union: Für den Einzelnen ein Gewinn

Seite 2
Seite 3
Seite 4
Seite 5
Seite 6
Seite 7
Seite 8
Seite 9
Seite 10

#JazuEuropa

Europawahl 2019

Für eine starke Europäische Union eintreten

Aus dem wirtschaftlichen Zusammenschluss einiger europäischer Staaten in den 1950er Jahren hat sich bis heute eine Erfolgsgeschichte entwickelt, die weltweit ihresgleichen sucht. Die Europäische Union blickt auf Jahrzehnte des Friedens und wachsenden Wohlstands zurück. Beides hängt eng mit dem Binnenmarkt und seinen Grundfreiheiten zusammen: In der EU herrscht freier Personen-, Waren-, Dienstleistungs- und Kapitalverkehr.

Doch diese Errungenschaften müssen stets aufs Neue gegen Kritiker verteidigt werden. Die anstehende Europawahl bestimmt maßgeblich darüber, ob und wie sie auch in Zukunft beibehalten sowie

notwendige Reformen weiter vorangetrieben werden können. Die deutsche Chemie- und Pharmaindustrie, deren Exporte zu rund 55 Prozent in die EU gehen, steht als eine der größten Industriebranchen eng an der Seite der EU-Befürworter und setzt auf eine Politik, die das europäische Einigungsprojekt weiter stärkt.

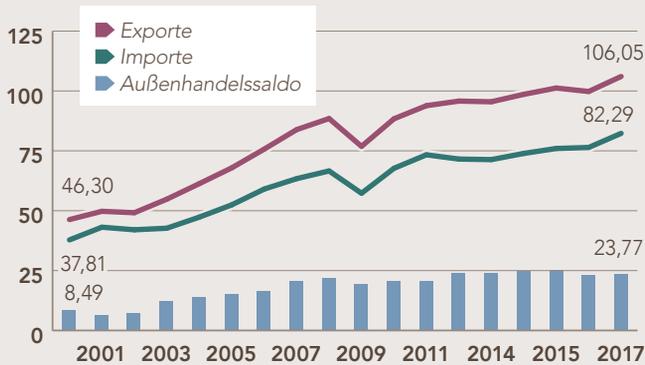
Eine Renationalisierung der europäischen Politik wäre in einer multipolaren Welt rückwärtsgewandt und zum Nachteil Europas sowie der hier ansässigen Industrie. Denn nur eine politisch und wirtschaftlich starke sowie weiterhin weltoffene EU mit wettbewerbsfähiger und zukunftsorientierter Wirtschaft kann die globalen Herausforderungen im Klima- und Umweltschutz

sowie die Anforderungen, die aus Digitalisierung und Migration erwachsen, in ihrem Sinne mitgestalten. Dazu sollten die Mitgliedstaaten gemeinsam tragfähige Antworten auf zentrale Fragen finden:

- Wie bewahren wir die europäischen Werte und die Grundfreiheiten des Binnenmarkts?
- Wie behaupten wir uns in einem sich zunehmend verändernden internationalen Politikumfeld?
- Wie stärken wir europaweit Innovationen und Investitionen für Wachstum und Wohlstand?

DEUTSCHE CHEMIE BRAUCHT DEN EU-MARKT

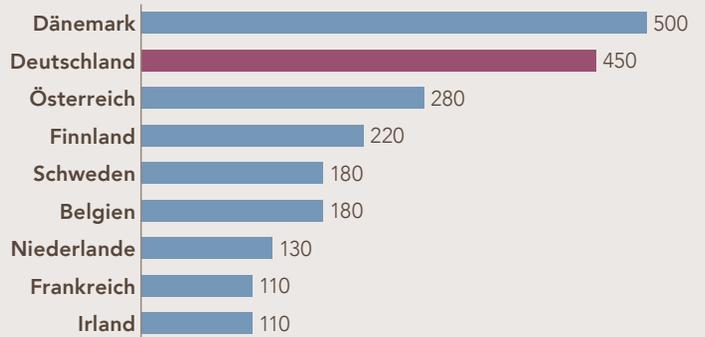
Außenhandel deutscher Chemie- und Pharmaunternehmen mit den EU-Staaten, in Mrd. Euro; Quellen: Destatis, VCI



Deutschland exportierte 2017 Chemie- und Pharmaprodukte im Wert von über 106 Milliarden Euro in die EU-Staaten. Das entsprach 55,3 Prozent aller Exporte und mehr als der Hälfte des Gesamtumsatzes der Branche. Über 60 Prozent der deutschen Chemie- und Pharmaimporte kamen aus der EU.

EU STÄRKT DAS EINKOMMEN

Durchschnittliche jährliche Einkommensgewinne je Einwohner ab 1992, in Euro*; Quelle: Prognos (Bertelsmann Stiftung)



* Real zu Preisen des Jahres 2005

Die EU stärkt die Wirtschaftskraft. Dies schlägt sich auch in höheren Gehältern nieder. So lag der durchschnittliche jährliche Einkommensgewinn zwischen 1992 und 2012 in Deutschland bei 450 Euro pro Einwohner.

MEILENSTEINE DER EUROPÄISCHEN UNION



Industriepolitik

Wettbewerbsfähigkeit und Innovationskraft stärken

Mit rund 52 Millionen Arbeitsplätzen ist die Industrie ein wichtiger Wachstumsmotor der EU. In Deutschland lag der Durchschnittsjahresverdienst in der Industrie 2017 mit 55.150 Euro deutlich über dem der Gesamtwirtschaft (41.700 Euro). Der technologische Wandel, eine nachhaltige Wirtschaftsweise und die angespannten internationalen Beziehungen stellen die Unternehmen vor große Herausforderungen. Die kommende EU-Kommission sollte ihre Politik strategisch neu ausrichten, um die Industrie als Garanten für Wohlstand und Sicherheit zu stärken.

Handelspolitik

Die EU sollte sich geeint und mit aller Kraft für eine Deeskalation der internationalen Handelskonflikte sowie für stabile Wirtschaftsbeziehungen und eine liberale und regelbasierte Welthandelsordnung einsetzen. Der Wohlstand hängt wesentlich davon ab. Es müssen Antworten auf das Vorgehen der USA und Chinas gefunden, die WTO gestärkt und ergänzend dazu weitere bilaterale Handelsabkommen abgeschlossen werden.

Forschung und Entwicklung

Weltweit findet ein Wettlauf um innovative Werkstoffe, Gesundheitsversorgung, Energiespeicher, neue Mobilitätsformen und Biotechnologie statt. Die EU sollte bei ihrer Mittelvergabe einen Schwerpunkt auf diese Themen legen und die Forschungsausgaben ausweiten. Zudem sollte sie die EU-Staaten zur steuerlichen Forschungsförderung motivieren – auch Deutschland.

Bessere Rechtsetzung

Damit aus Forschung marktfähige Produkte werden können, ist eine innovationsfreundliche Gesetzgebung essentiell. Für die Qualität von Rechtsvorschriften und deren Umsetzung bietet die EU-Reformagenda für eine bessere Rechtsetzung gute Ansätze. Sie sollte konsequent fortentwickelt und umgesetzt werden. Wichtig ist: zuerst den aktuellen Rechtsbestand

zu evaluieren, bevor neue Vorschläge konkretisiert werden. Neue Rechtsetzungsiniciativen sind umfassend auf ihre Auswirkungen auf die Wettbewerbsfähigkeit und Innovationsfähigkeit sowie auf kleine und mittlere Unternehmen zu überprüfen. Damit sie eine gute Basis für spätere Evaluationen bilden, sollten Folgenabschätzungen nahe am finalen Rechtstext aktualisiert werden.

Energie- und Klimapolitik

Europa sollte den EU-Binnenmarkt für Strom und Gas endlich vollenden, um die Versorgungssicherheit und wettbewerbsfähige Energiepreise zu fördern. Um die ambitionierten klimapolitischen Ziele bis 2050 erreichen zu können, sollte die Industrie als Lösungsanbieter einbezogen und ergebnisoffen über geeignete Maßnahmen beraten werden. Klimaschutz und industrielle Entwicklung müssen Hand in Hand gehen.

Zirkuläre Wirtschaft

Die EU-Kommission will möglichst viele Abfälle mechanisch recyceln. „Zirkulär“ funktioniert die Wirtschaft jedoch erst, wenn der in einem Produkt enthaltene Kohlenstoff zurückgewonnen wird. Statt einseitig ein Verfahren zu bevorzugen, sollte die jeweils technisch, wirtschaftlich und ökologisch optimale Lösung genutzt werden.

Industrie = Teil der Lösung

Sei es im Klimaschutz, beim nachhaltigen Bauen, bei der hochwertigen Ernährung und Wasserversorgung einer wachsenden Weltbevölkerung oder auch in der Gesundheitsversorgung: Gerade die Chemie- und Pharmaindustrie trägt mit ihren innovativen Produkten, Technologien und Anwendungen zur Lösung der zentralen globalen Herausforderungen im Rahmen der „Sustainable Development Goals“ der Vereinten Nationen bei.

Digitalisierung

Um neue digitale Geschäftsmodelle entwickeln und eine zirkuläre Wirtschaftsweise vorantreiben zu können, sind die Unternehmen auf schnellen Breitbandausbau sowie die Möglichkeit der Nutzung von Daten als zusätzlichem „Rohstoff“ bei zugleich möglichst sicheren Kommunikationswegen angewiesen.

Verkehrsinfrastruktur

Europas Industrie ist auf einen grenzüberschreitend leistungsstarken Güterverkehr angewiesen. Gerade auf der Schiene behindern nationale Sonderregelungen und spezifische Anforderungen den reibungslosen Transport.

Mittelstand breiter definieren

Die EU-Definition „kleiner und mittlerer Unternehmen“ (KMU) von 2003 besagt, dass KMU weniger als 250 Mitarbeiter zählen und unter 50 Millionen Euro Umsatz erwirtschaften oder eine Jahresbilanzsumme von höchstens 43 Millionen Euro ausweisen. Diese Grenzwerte werden den Gegebenheiten nicht gerecht: Viele Unternehmen sind größer und dennoch klar mittelständisch geprägt. Auch setzt sich der industrielle Mittelstand überwiegend aus Familienunternehmen zusammen und ist zudem oftmals eigentümergeführt – diese Struktur unterscheidet sie stark von sehr großen, häufig börsennotierten Unternehmen. Die kommende KMU-Definition sollte das widerspiegeln.

Die KMU-Definition ist für die stark mittelständisch geprägte deutsche Chemie bedeutend, weil auf ihrer Basis Erleichterungen gewährt werden, etwa bei Fördermaßnahmen und der Erfüllung bürokratischer Pflichten oder mittels reduzierter Gebühren.

Handelspolitik

Gemeinsam in einer multipolaren Welt bestehen

Die wachsenden Spannungen in den internationalen Wirtschaftsbeziehungen unterstreichen den herausragenden Wert der Europäischen Union. Insbesondere der gemeinsamen Handelspolitik der EU ist zu verdanken, dass Europa sich gegenüber den großen Volkswirtschaften China und USA behaupten kann. Davon profitieren die Unternehmen ebenso wie die Bürger.

Die EU muss sich selbstbewusst und wertebasiert für eine liberale und regelbasierte Welthandelsordnung einsetzen. Geschlossenheit und eine enge Abstimmung zwischen den Mitgliedstaaten und der EU-Kommission sind dabei wesentliche Erfolgskriterien. Die Chemie- und Pharmaindustrie empfiehlt, der Handelspolitik auf EU-Ebene höchste Priorität einzuräumen und eine neue EU-Handelsstrategie zu entwickeln. Dabei sind folgende Aspekte von besonderer Bedeutung:

USA

Die protektionistischen Maßnahmen der USA belasten den weltweiten Warenverkehr und grenzüberschreitende Wertschöpfungsketten. So verstoßen die eingeführten Zusatzzölle aus Sicht der

EU gegen WTO-Recht. Zudem steht die Sanktionspolitik der USA gegenüber dem Iran den Interessen der EU entgegen. Richten sich Maßnahmen gegen die EU, sollte diese sich WTO-konform dagegen wehren, zugleich aber das gegenseitige Vertrauen durch intensiven Dialog und gemeinsame Projekte stärken. Aktuelle Ansatzpunkte sind ein schlankes Industriegüterabkommen, der Abbau nichttarifärer Handelshemmnisse und der Schulterschluss für eine Reform der WTO.

China

Die Volksrepublik ist der dynamischste Wachstumsmarkt der Welt – mit ehrgeizigen geo- und industriepolitischen Zielen. Um diese zu erreichen, nutzt die Regierung Regelungslücken der WTO zum eigenen Vorteil und baut die sogenannte „neue Seidenstraße“ auf. Wegen der wirtschaftlichen Bedeutung Chinas sind gute Handelsbeziehungen auch in Zukunft wichtig. Die EU sollte dabei auf einen besseren Marktzugang für die heimischen Unternehmen pochen sowie einen fairen Wettbewerb einfordern. Zudem gilt es, auch politisch zusammenzuarbeiten – zum Beispiel bei der Weiterentwicklung der WTO oder im Klimaschutz.

Welthandelsorganisation

Aufgrund des Einstimmigkeitsprinzips können einzelne Länder wichtige Entscheidungen in der WTO blockieren. Verliert diese dadurch ihre Handlungsfähigkeit, wären die derzeit niedrigen und planungssicheren Zollsätze akut gefährdet. Die EU hat bereits Vorschläge für eine WTO-Reform gemacht, die sie nun gemeinsam mit den USA, China und Japan rasch in konkrete Schritte umwandeln sollte. Unter anderem geht es um effiziente Streit-schlichtungsverfahren, mehr Transparenz bei nichttarifären Hemmnissen und Subventionen sowie neue Regeln für einen fairen Wettbewerb.

Bilaterale Abkommen

Da multilaterale Lösungen oft langwierig sind, sollte die EU darüber hinaus bilaterale Vereinbarungen im Einklang mit den WTO-Regeln anstreben. Die Abkommen mit Japan, Kanada, Mexiko und Singapur sind wirtschaftlich und politisch von erheblicher Bedeutung und haben die Handlungsfähigkeit der EU untermauert. Weitere Abkommen, beispielsweise mit Australien, Neuseeland, der südamerikanischen Handelszone Mercosur oder Indien, sind wünschenswert.

EUROPÄISCHE UNION AUF AUGENHÖHE

Bruttoinlandsprodukte USA, China, EU, Deutschland, 2017, in Bio. US-Dollar; Quelle: Weltbank



Die Wirtschaftskraft der EU ist mit der chinesischen und US-amerikanischen in etwa vergleichbar. Daraus erwächst Verhandlungspotenzial. Völlig anders sähe das Bild aus, wenn die einzelnen EU-Mitgliedstaaten im Alleingang vorgehen müssten.

Energie- und Klimapolitik

Industrie als Teil der Lösung begreifen

Nur eine handlungsfähige EU findet passende Antworten auf supranationale oder gar globale Fragen der Zukunft – dies gilt in besonderem Maße auch in der Energie- und Klimapolitik. Aus Sicht energieintensiver Industrien wie der Chemie ist wesentlich: anzuerkennen, dass sie auf Planungssicherheit und wettbewerbsfähige Energiepreise angewiesen und mit ihren innovativen Produkten und Technologien Teil der Lösung ist, um ambitionierte Klimaziele zu erreichen.

Zwar wurde mit der angestoßenen Liberalisierung der Strom- und Gasmärkte innerhalb der EU schon der richtige Weg eingeschlagen, doch noch immer bestehen hohe Strompreisunterschiede. Die Weiterentwicklung des Energiebinnenmarktes ist ein Baustein für wettbewerbsfähige Energiekosten.

Die künftige EU-Kommission sollte deshalb ihre Aktivitäten zur Marktkopplung weiter vorantreiben und den grenzüberschreitenden Ausbau weiter fördern. Schon heute profitieren sogenannte „Projects of Common Interest“ für supranationale Strom- und Gasnetze von beschleunigten Genehmigungsverfahren und daraus resultierenden geringe-

ren Verwaltungskosten. Die gewährten Anreize sollten beibehalten werden.

Die Chemie- und Pharmaindustrie steht zur Dringlichkeit eines effektiven Lösungsansatzes für den Klimaschutz und begrüßt, dass die EU-Kommission ihre ambitionierten Klimaschutzziele für 2050 mit einer Strategie begleiten will. Dazu empfiehlt die Branche:

Die Industrie einbeziehen

- Um ihre klimapolitischen Ziele erreichen zu können, sollte die EU-Kommission die Industrie als wichtigsten Lösungsanbieter einbeziehen und ergebnisoffen über geeignete Maßnahmen beraten. Gerade die Chemie kann mit emissionsarmen und effizienten Produkten und Verfahren – beispielsweise für Leichtbau und Wärmedämmung – entscheidend zu positiven Ergebnissen beitragen. Klimaschutz und industrielle Entwicklung müssen Hand in Hand gehen.

Investitionen unterstützen

- Klimaschutz gelingt nur mit innovativen Technologien in der Produktion und neuen Materialien sowie erheblichen Investitionen für mehr Energieeffizienz. All das ist nicht zum Nulltarif zu haben.

Alle Sektoren in die Pflicht nehmen

- Energiewirtschaft und Industrie erfüllen ihre Ziele zur CO₂-Reduktion bereits über den Emissionshandel. Auch die Zielsetzungen für alle anderen Sektoren, wie zum Beispiel Gebäude und Verkehr, sollten nachdrücklich verfolgt werden.

Globale Ansätze vorantreiben

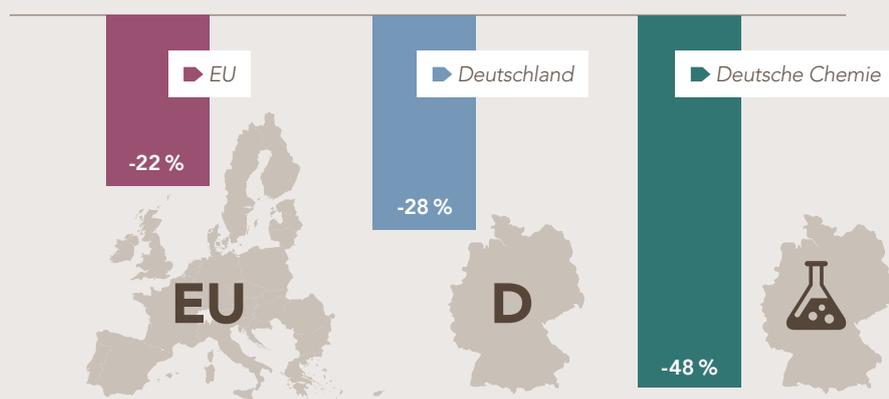
- Europas Industrie steht im globalen Wettbewerb. Deshalb ist ein möglichst weltweites System zur CO₂-Bepreisung – mindestens auf G20-Ebene – einem europäischen oder gar nationalen vorzuziehen, um Produktionsverschiebungen in andere Regionen aufgrund nachteiliger Standortbedingungen zu verhindern.

Einschränkungen anerkennen

- Noch behindern finanzielle, technologische und gesamtgesellschaftliche Einschränkungen viele notwendige Innovationen und Investitionen in eine CO₂-arme Produktion. Die Politik kann hier Linderung verschaffen, indem sie für ausreichende Verfügbarkeit und vor allem Bezahlbarkeit erneuerbarer Energien und Rohstoffe sorgt.

VORREITER CHEMIE

Entwicklung Treibhausgasausstoß, in Prozent, 1990–2017; Quelle: VCI



Zwischen 1990 und 2017 sanken die Treibhausgasemissionen in der EU um 22 Prozent. In Deutschland sogar um 28 Prozent. Die Chemie trug dazu überproportional bei: Dank innovativer Technologien konnten allein die deutschen Unternehmen ihren Ausstoß um 48 Prozent senken – und das bei einer Produktionssteigerung um mehr als zwei Drittel.

Produktsicherheit

Datenlage zusammen weiter verbessern

In der EU gelten zusätzlich zu nationalen Vorschriften viele Regulierungen für nahezu alle Produkte, Lebensbereiche und Aspekte der industriellen Produktion. Insbesondere die Chemie- und Pharmabranche setzt mit REACH eines der komplexesten Regelwerke um. Für die betroffenen Unternehmen kommt es darauf an, dass dabei sowohl die hohen Sicherheits- und Umweltschutzanforderungen als auch der damit verbundene hohe Aufwand sowie die internationalen Wettbewerbsbedingungen berücksichtigt werden.

Die EU-Chemikalienverordnung REACH regelt seit 2007 die Registrierung, Bewertung und Zulassung von Chemikalien und wird schrittweise bis 2020 umgesetzt. Wichtige Meilensteine wurden bereits erreicht: Bis dato liegen fast 92.000 Registrierungen für etwa 22.000 Stoffe vor. Deutsche Firmen haben dabei häufig die Führungsrolle und gemeinsam mit den Behörden an vielen positiven Entwicklungen bei der Datenlage und den anspruchsvollen REACH-Prozessen mitgewirkt. Erst im März 2018 stellte die EU-Kommission fest, dass die Verordnung insgesamt gut funktioniert und geeignet ist, die angestrebten Ziele zum Schutz der menschlichen Gesund-

heit und der Umwelt zu erreichen. Doch der Arbeitsaufwand wird voraussichtlich weiterhin hoch bleiben.

Damit alle Beteiligten im weiteren Prozess möglichst gute Ergebnisse erzielen können und zugleich unnötige Belastungen vermieden werden, empfiehlt die Branche:

Zusammenarbeit intensivieren

Die Behörden sollten die Unternehmen mit praxismgerechten und möglichst einfachen Verfahren unterstützen und Unsicherheiten bei der REACH-Umsetzung in einem fairen und transparenten Dialog lösen. Nur so lassen sich eventuelle Missverständnisse ausräumen – und ungerechtfertigte Pauschalvorwürfe an den eingereichten Registrierungsdateien, wie sie im Herbst 2018 geäußert wurden, vermeiden.

Mittelstand unterstützen

Besonders kleine und mittlere Unternehmen mit wenigen Mitarbeitern verfügen nur begrenzt über interne Experten für die komplexen Anforderungen von REACH. Sie sind auf Vereinfachungen beim Bewertungsverfahren, bei der Erstellung von Sicherheitsdatenblättern sowie auf ihre Bedürfnisse zugeschnittene Hilfen

angewiesen. Unter anderem fehlen ihnen bislang direkte Ansprechpartner bei der Europäischen Chemikalienagentur ECHA.

Industrie einbeziehen

Derzeit werden immer mehr für die Chemieindustrie wichtige Stoffe, zum Beispiel Lösemittel und Katalysatoren, als Kandidaten für das Zulassungsverfahren identifiziert. Mit einer Zulassungspflicht verbunden sind Rechts- und Planungsunsicherheit, steigende Kosten und nicht zuletzt Wettbewerbsnachteile für in der EU hergestellte Produkte. Zudem ist geplant, alle relevanten „besonders besorgniserregenden Stoffe“ in REACH oder sonstige Zulassungsverfahren zu bringen. Bei der Auswahl der Stoffe sowie bei der Entscheidung über das geeignete Verfahren sollte die Industrie eng einbezogen werden.

Die deutsche Chemie- und Pharmaindustrie engagiert sich stark in den REACH-Prozessen. Der VCI begleitet seine Mitgliedsfirmen mit vielen Unterstützungsangeboten bei der Umsetzung.

EUROPÄISCHE CHEMIE SETZT WELTWEIT MASSSTÄBE

Schematische Darstellung der REACH*-Prozesse



Die Einhaltung der Vorgaben und die Mitwirkung der Unternehmen an der EU-Chemikalienverordnung REACH macht den Einsatz von Chemikalien in Europa so sicher wie nirgendwo sonst. Mittlerweile wirkt REACH auch als Blaupause für ähnliche Regulierungsvorhaben in anderen Ländern, zum Beispiel in Südkorea.

* Registration, Evaluation, Authorisation and Restriction of Chemicals

Zirkuläre Wirtschaft

Globale Vorreiterrolle einnehmen

Die EU-Kommission setzt mit ihrem „Circular Economy“-Paket stark darauf, möglichst viele Abfälle durch „klassische“ mechanische Verfahren zu recyceln. Sie konzentriert sich damit mehr auf das Lebensende von Produkten und spricht sich recht einseitig für eine bestimmte Abfallverwertungsoption aus. Für die Chemie ist zirkuläre Wirtschaft jedoch weit mehr: Es kommt darauf an, den gesamten Lebenszyklus zu betrachten und zu jedem Zeitpunkt die jeweils technisch, wirtschaftlich und ökologisch optimale Lösung zu nutzen. Das gilt insbesondere für den in vielen Produkten enthaltenen Kohlenstoff.

Zirkuläre Wirtschaft ist ein ganzheitlicher Ansatz: Der Kreis schließt sich erst, wenn der in einem Produkt enthaltene Kohlenstoff zurückgewonnen werden konnte. Neben dem mechanischen ist dafür auch das chemische Recycling geeignet: Abfälle werden zunächst in chemische Grundstoffe umgewandelt, aus denen wiederum neue Produkte entstehen. Aktuell gibt es vielversprechende Projekte, die sich mit der Realisierung dieser Technologie beschäftigen. Ein Beispiel dafür ist das sogenannte Pyrolyse-Verfahren. Darüber hinaus erlaubt

auch die energetische Verwertung, den Kohlenstoff in Form von CO₂ „im Kreis zu führen“.

Das Ziel einer zirkulären Wirtschaft ist ambitioniert und der Weg dahin lang. Die Transformation kann nur mit einem umfassenden Verständnis gelingen. Dazu gehört:

Freiräume für Innovationen schaffen

► Nur so können Unternehmen ihre Forschung und die Entwicklung neuer marktfähiger Produkte vorantreiben, beispielsweise für innovative Kunststoffe, die komplexe Anwendungsgebiete weiter optimieren, biologisch abbaubar sind, auf nachwachsenden Rohstoffen beruhen oder in Spezialanwendungen zum Zug kommen. Geeignete Förderinstrumente, zum Beispiel über das neunte Forschungsrahmenprogramm „Horizont Europa“, können ein wichtiger Hebel für eine zirkuläre Wirtschaft sein.

Nachhaltigkeit umfassend verfolgen

► Für die Entwicklung innovativer Materialien und Produkte sind vom Design bis hin zur Abfallverwertung deren Kosten, Qualität und Nutzen ebenso wie ökologische Aspekte und spezifische

Fragen der Recyclingoptionen zu berücksichtigen. Denn ob ein Produkt wirklich nachhaltig ist, wird nur bei Betrachtung seines gesamten Lebenszyklus deutlich. Mögliche Zielkonflikte zwischen den an ein Produkt gestellten Anforderungen – etwa hinsichtlich seiner Performance, Ressourceneffizienz oder späteren Verwertung – gilt es in geeigneter Weise aufzulösen.

Zweckmäßigste Verwertung nutzen

► Das „klassische“ mechanische Recycling von Werkstoffen darf nicht zum Selbstzweck erhoben werden. Je nach Beschaffenheit des Abfalls – beispielsweise in Bezug auf seinen Verschmutzungsgrad oder Heizwert – muss auch das chemische Recycling sowie die effiziente energetische Verwertung möglich sein. Das chemische Recycling ergänzt somit das mechanische und kann zum Problemlöser für bisher nur schwer zu recycelnde Abfälle werden. Entscheidend ist, welches Verfahren am Ende die insgesamt beste Ökobilanz ausweist.



Das Konzept einer zirkulären Wirtschaft geht über klassisches Recycling hinaus: Es schließt alle Maßnahmen ein, die das Wirtschaftswachstum vom Verbrauch endlicher Ressourcen entkoppeln, und hat starken Einfluss auf Produktportfolios und Geschäftsmodelle.

Kunststoffe

Potenziale nutzen statt stigmatisieren

Die EU-Kommission will mit ihrer 2018 vorgestellten Kunststoffstrategie Abfälle weiter reduzieren, Recycling stärken und die Einträge in die Meere vermindern. Die Bedeutung von Kunststoffen wird zwar unterstrichen, allerdings bestimmen Pauschalierungen und Kritik an der derzeitigen Verwertung der Abfälle das Bild. Dabei gibt es gute Gründe, die Potenziale dieses innovativen Werkstoffs auch künftig auszuschöpfen.

Kunststoffe sind vielfältig einsetzbar. Sie erfüllen wichtige und aus dem modernen Leben nicht mehr wegzudenkende Funktionen. Zudem sind sie in der Herstellung und Anwendung sowie in der Verwertung besonders leistungsfähig und effizient. Dass unsachgemäße Entsorgung von Abfällen zur Meeresverschmutzung beiträgt, ist unbestritten und muss gestoppt werden.

Damit der Nutzen von Kunststoffen für eine möglichst nachhaltige Lebensweise dennoch voll ausgeschöpft werden kann, braucht es umfassende und vor allem internationale Lösungsansätze unter Einbindung aller Akteure – von den Erzeugern und Verarbeitern über Handel und Verbraucher bis hin zu den Verwertern:

Standards durchsetzen

- In der EU gelten bereits ehrgeizige Vorgaben zur Abfallverwertung. Diese müssten in allen Mitgliedstaaten durchgesetzt und eingehalten werden.

Deponieverbot vorantreiben

- Viele Länder deponieren noch immer unvorbehandelte Siedlungs- und Kunststoffabfälle. Das ist Ressourcenverschwendung und verschärft – sofern die Deponien nicht angemessen gesichert sind – die Müllproblematik. Das in Deutschland seit 2005 geltende Deponierungsverbot für solche Abfälle sollte europaweit umgesetzt werden.

Recyclingquoten abwägen

- Die EU-Kommission setzt auf das klassische werkstoffliche Recycling. Das birgt mitunter schwerwiegende Zielkonflikte. So kann eine komplexe Kunststoffverpackung, die Lebensmittel vor dem Verderb schützt, dank einzigartiger Eigenschaften eine positivere Ökobilanz erzielen als eine einfacher zu recycelnde Alternative. Zielführend ist nur ein Mix aller Verwertungsmöglichkeiten, der werkstoffliche, rohstoffliche und energetische Optionen umfasst.

Weltweit aufklären

- Vermüllung ist dort einzudämmen, wo sie entsteht. Das bedeutet vorrangig,

globale Lösungen für ein effizientes Abfallbehandlungssystem zu schaffen. Es gilt, alle Menschen konsequent für einen achtsamen Umgang mit ihren Abfällen zu sensibilisieren.

Diskriminierung vermeiden

- Verbote oder Extra-Besteuerung bestimmter Werkstoffe tragen nicht zur Lösung des Problems bei – das im unsachgemäßen Umgang mit Abfällen liegt.

Lebenszyklus betrachten

- Wie ökologisch Kunststoffe sind, lässt sich nur in der Betrachtung entlang des kompletten Lebenszyklus bewerten. Eine verkürzte Sicht, die nur Teilaspekte betrachtet, kann zu falschen Weichenstellungen führen.

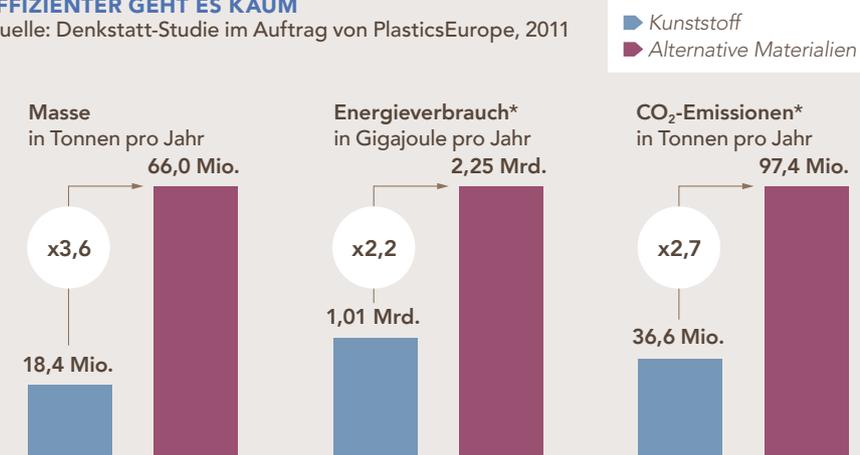
Industrie geht voran

Mitte Januar haben sich rund 30 Unternehmen zu einer internationalen Allianz zusammengeschlossen. Das gemeinsame Ziel: den Kunststoffeintrag in die Umwelt zu verhindern. Dafür wird die Allianz bis 2025 rund 1,5 Milliarden US-Dollar investieren und Lösungen entwickeln.

► www.endplasticwaste.org

EFFIZIENTER GEHT ES KAUM

Quelle: Denkstatt-Studie im Auftrag von PlasticsEurope, 2011



Ein Beispiel, das zeigt, welches Potenzial in Kunststoffen steckt: Würden Packmittel wie zum Beispiel Folien oder Plastikbecher für Joghurts oder Convenience-Produkte durch alternative Materialien ersetzt, stiegen Energieverbrauch und Treibhausgase um mehr als das Doppelte an.

* Während der gesamten Lebensdauer

Kennzahlen**EU-Fortschrittsbericht macht Mut**

Die EU verfolgt bei Beschäftigung, Produktivität, Sozialwesen und Umweltschutz ehrgeizige Ziele.

Der Eurostat-Zwischenbericht vom Juli 2018 zeigt auf, dass sie in vielen Bereichen schon auf einem guten Weg ist.

	2008	2017	Zielwerte für 2020
BESCHÄFTIGUNG			
► Erwerbstätigenquote	70,3 %	72,2 %	≥ 75 %
FORSCHUNG UND ENTWICKLUNG			
► Bruttoinlandsausgaben für FuE gemessen am BIP	1,84 %	2,03 %*	≥ 3 %
KLIMAWANDEL UND ENERGIE			
► Emissionen von Treibhausgasen (1990: 100 %)	90,6 %	77,6 %*	≤ 80 %
► Anteil erneuerbarer Energien am Bruttoendenergieverbrauch	11,0 %	17,0 %*	≥ 20 %
► Primärenergieverbrauch (Millionen Tonnen Rohöleinheiten)	1.693	1.543*	≤ 1.483
► Energetischer Endverbrauch (Millionen Tonnen Rohöleinheiten)	1.180	1.108*	≤ 1.086
BILDUNG			
► Frühzeitige Schul- und Ausbildungsabgänger	14,7 %	10,6 %	< 10 %
► Bildungsabschluss im Tertiärbereich	31,2 %	39,9 %	≥ 40 %
ARMUT ODER SOZIALE AUSGRENZUNG			
► Von Armut oder sozialer Ausgrenzung bedroht	116,1 Mio.	118 Mio.*	≤ 96 Mio.

Quelle: Eurostat

* Werte für 2016



Die Europäische Union

Für den Einzelnen ein Gewinn

Vom europäischen Einigungsprozess, insbesondere vom Binnenmarkt als Kern der EU, profitieren die hier ansässigen Unternehmen ebenso wie die Bürger. Abseits der Verdienste um die Verbreitung von Versöhnung, Frieden, Demokratie und Menschenrechten kann das Aufzeigen konkreter Vorteile die Identifikation mit dem „Erfolgsprojekt Europa“ stärken.

Warenvielfalt bei sinkenden Preisen

Das Warenangebot ist für viele Menschen reichhaltiger geworden. Gleichzeitig sind die Kosten zum Beispiel für Telekommunikation, Flugtickets und Bankgeschäfte erheblich gesunken. Dies ist in weiten Teilen dem europaweiten Wettbewerb und dem Ende nationaler Monopole in dem seit 1993 bestehenden gemeinsamen Binnenmarkt zuzuschreiben. Ein prominentes Beispiel: Zehn Minuten Ferngespräch kosteten 1998 noch rund 3 Euro – und sind heute für etwa 1 Cent zu haben.

Zusätzliche Investitionen

Europaweit werden mit dem sogenannten Juncker-Plan zusätzliche private Investitionen angeschoben – und damit auch Arbeitsplätze geschaffen. Die Mittel dienen dazu, unter anderem die Digitalisierung voranzutreiben, die Verkehrsinfrastruktur auszubauen und die Lebensqualität der Menschen insgesamt zu verbessern. Generell zeigt sich, dass es die EU als Ganzes stärkt, wenn Strukturförderung an gesamteuropäischen Prioritäten statt an rein nationalen Zielsetzungen ausgerichtet wird.

Stabile Ankerwährung

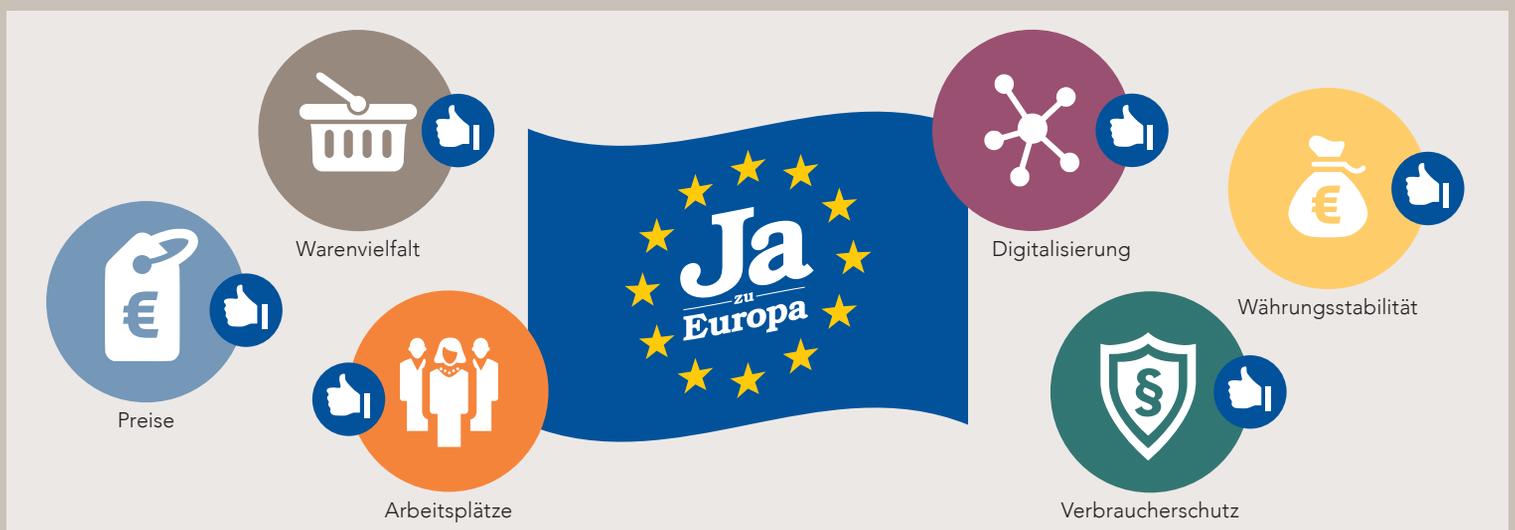
Seit seiner Einführung 1999 als „Teuro“ verunglimpft, hat der Euro seine Kritiker weitgehend widerlegt: Der Wechselkurs ist auch über die Finanzkrise hinweg stabil geblieben, die Inflation ist niedriger als in den Jahrzehnten zuvor. Neben dem Dollar hat sich der Euro als zweitwichtigste Reservewährung etabliert, was dem Euroraum zusätzliches Gewicht verleiht. Darüber hinaus bietet er den Bürgern der Euroländer praktische Vorteile: Reisende sparen beim Währungs-

tausch Aufwand und Gebühren, und durch den direkten Preisvergleich sind viele Produkte beim Einkauf im Ausland günstiger geworden.

Mehr Verbraucherschutz

Der europaweite Verbraucherschutz hat sich dank einheitlicher Regeln zugunsten der Konsumenten weiterentwickelt – unter anderem durch den Wegfall kostenpflichtiger Kundenhotlines, in Form von Entschädigungen bei Bahnreisen und überbuchten Flügen sowie beim Online-Einkauf. Weitere Beispiele liefern soziale Netzwerke: Sie dürfen Personen nicht mehr automatisch auf Fotos markieren, Datenschutzvorschriften müssen transparenter dargestellt werden, und seit Mai 2018 haben die EU-Bürger das Recht, ihre Daten löschen zu lassen.

All diese und weitere Errungenschaften der europäischen Einigung gilt es zu erhalten und durch konstruktive Reformen stetig weiterzuentwickeln.

**Ihre Ansprechpartner**

Geschäftsführer Hauptstadtbüro Berlin Norbert Theihs
E-Mail theihs@berlin.vci.de **Telefon** +49 (0)30 200599-12
Europabüro Brüssel Barbara Armbruster
E-Mail armbruster@bruessel.vci.de **Telefon** +32 (0)2 54806-90

Impressum Politikbrief

Herausgeber Verband der Chemischen Industrie e.V. (VCI),
 Mainzer Landstraße 55, 60329 Frankfurt **Telefon** +49 (0)69 2556-0
Verantwortlich Jenni Glaser
Redaktionsschluss 22. Januar 2019
Agenturpartner Köster Kommunikation, GDE
 Klimaneutral gedruckt auf Papier aus nachhaltiger Waldwirtschaft.